

Fraktion **Bündnis 90 / Die Grünen** im Gemeinderat zum Haushaltsplan der Stadt Walldorf für das Jahr 2016 :

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Frau Staab,
Werte Kolleginnen und Kollegen,

bevor ich zur eigentlichen Rede komme muss ich zu den weitschweifenden Aussagen von Herrn Pütz zum Thema Flüchtlinge was sagen. Beim Besuch der Kanzlerin waren doch sicher alle von der CDU anwesend? Sie sagt schon seit einiger Zeit. „Wir schaffen das.“ Glauben sie ihrer Bundesvorsitzenden einfach, auch wenn es der CDU in Ba-Wü scheinbar schwerfällt. Die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das folgende oder das schon begonnene Jahr ist ein wiederkehrendes, absehbares Ritual. Die Haushaltsreden der jeweiligen Fraktionen, sind in Walldorf in der Regel länger als in anderen Gemeinden, spiegeln dabei wider, welche Ausgabepositionen oder politischen Vorstellungen im politischen Spektrum einen größeren Raum einnehmen, worauf der eigene Fokus gelegt wird.

Und nicht vergessen werden darf dabei, dass diese Haushaltsreden diese Darstellungen der Fraktionen voll umfänglich in der Walldorfer Rundschau abgedruckt werden und somit den Fraktionen/Parteien die einmalige Gelegenheit bieten, einmal umfänglich über ihre Visionen und Ziele zu berichten

Ökologie

Für Bündnis 90/Die Grünen Walldorf, für uns, lag der Schwerpunkt unserer Ausführungen immer im ökologischen Bereich. Das ist eindeutig klar, nachvollziehbar und unschwer zu verstehen, haben die Grünen in ihrer nun bundesweit über 30-jährigen Parteigeschichte ÖKOLOGIE von einem Randthema zu einem Kernthema politischen Handelns gemacht.

Ökologische Themen und Ausgabenpositionen korrespondieren in Walldorf mit der Finanzausstattung unserer Kommune. Dies machte es den anderen Parteien einfach, unseren Anträgen zuzustimmen und uns, **die erforderlichen Mehrheiten für ökologische Aufgaben und Ausgaben** zu bekommen.

Wir haben in den letzten 32 Jahren hier im Rat, auch unter dem Eindruck der Klimakatastrophe, **der Nachhaltigkeit** unseres wirtschaftlichen Handelns eine herausragende Bedeutung beigemessen. Der Klimawandel wird ein Katastrophenszenario bleiben und er wird zunehmen, Für uns bedeutet nachhaltiges Wirtschaften, dass wir politisch so handeln müssen, dass die Menschen, die nach uns kommen, in unsere Entscheidungen und deren Auswirkungen einbezogen werden müssen. U. a. zu Passivhausbauweise nachher mehr.

„Er (der Klimawandel) ist unsere größte Bedrohung. Lasst uns diesen Planeten nicht als selbstverständlich ansehen.“ (Leonardo Di Caprio bei seiner Oscar-Dankesrede.) Wir freuen uns über diese prominente Unterstützung, auch deshalb, weil viele Menschen dieses Thema negieren, Politik bäh finden, aber zumindest registrieren, was Promis von sich geben.

Klimawandel ist auch eine der Ursachen für Flucht, das derzeit meistdiskutierte politische Thema in Europa. Der Klimawandel wird die größte Fluchtursache werden, wenn die Erwärmung der Erde nicht gestoppt werden wird. Bei anhaltender Klimaerwärmung wird der Meeresspiegel bis zum Jahr 2050 um 30 bis 45 cm ansteigen, was dazu führen wird, dass Bangladesch mehr als ein Zehntel der Landfläche verliert. Dies entspricht in etwa der Fläche Schleswig Holsteins. 5,5 Millionen Menschen sind direkt betroffen und müssten ihre Heimat verlassen. Nimmt die Klimaerwärmung stärker zu, dann können bis zu 15 Millionen Menschen ihre Heimat verlieren. Dhaka, die Hauptstadt Bangla Deshs, ist eine der am schnellsten wachsenden Städte der Welt, die in den vergangenen 30 Jahren ihre Einwohnerzahl von 1,5 Millionen auf mittlerweile 12 Millionen steigerte.

Soziales

Kindergärten

Dringend notwendig ist ein weiterer Kindergarten. Dem hat der GR Rechnung getragen und den Bau eines Kindergartens nördlich der Neuen Heimat beschlossen. Der Standort deckt den Nordosten der Stadt ab und ist nicht zuletzt durch seine Nähe zur Waldschule eine sehr gute Entscheidung. Zwar sind unsere Kindergartenbeiträge recht gering, trotzdem möchten wir weiterhin an unserer Forderung, den Regelkindergarten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, festhalten.

Bildung in Baden-Württemberg

Die grün-rote Bildungspolitik in Baden-Württemberg setzt auf sanfte Reformen, frei von ideologischem Zwang und im Wesentlichen sind das drei Dinge: Ein massiver Ausbau der vorschulischen Bildungsangebote, längeres gemeinsames Lernen und mehr gebundene Ganztagschulen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht. Dies waren im Übrigen auch die Thesen, die sich im Gutachten des Bildungsforschers Jürgen Baumert wiederfinden, der ein Expertengutachten zur Bildungsgerechtigkeit im Auftrag der letzten CDU-Kultusministerin Marion Schick ausgearbeitet hatte. Sie erkennen, wenn die ideologischen Scheuklappen abgenommen werden, gleichen sich die Erkenntnisse der Parteien.

Wir in Walldorf sind in diesem parteipolitischen Prozess keine Ausnahme.

Und leider haben wir keine grün-rote Mehrheit hier im Gremium - aber wenn der Trend so weiter geht, dann bin ich durchaus zuversichtlich.

Sozialer Wohnungsbau

Der Bestand von Sozialwohnungen hat sich in Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren auf 65.000 Wohnungen halbiert. Laut Untersuchungen der LIGA für Wohlfahrtspflege gibt es einen Bedarf von 500.000 Sozialwohnungen im Ländle. Einhundert ausgegebene Wohnberechtigungsschein-Inhaber auf Wohnungssuche sprechen eine deutliche Sprache. Daher hat der GR beschlossen in der Bgm.-Willinger-Straße Sozialwohnungen zu bauen und den freien Platz an der Ecke Stresemann-/Ebertstraße sowie das Areal Heidelberger Straße / Hebelstraße für diesen Zweck zu beplanen. Es ist wichtig, dass die Stadt sozialen Wohnungsbau betreibt, da dies zur Stabilisierung der Mietpreise beiträgt und Alteingesessenen mit wirtschaftlichen Problemen die Möglichkeit bietet in ihrem Lebensumfeld zu bleiben.

Bereits in der Rede zum HH 2014 haben wir darauf hingewiesen, dass es nicht nur Gutverdiener gibt, sondern auch Personen, die auf kostengünstigen Wohnraum angewiesen sind. Schon damals forderten wir die Wohnbedürfnisse dieser Menschen zu berücksichtigen.

- Walldorf braucht barrierefreien und altersgerechten Wohnraum, genauso wie Wohnungen für Singles, Studierende, Alleinerziehende oder einkommensschwache Familien für
- Initiierung und Förderung von generationsübergreifenden Wohnprojekten, in denen Alt u. Jung unter einem Dach leben und sich gegenseitig unterstützen können. Diese Wohnprojekte sollen auch den Anforderungen von Inklusion (Integratives Wohnen) erfüllen.
- Freiwerdende zentral gelegene Grundstücke dürfen nicht Privatinvestoren überlassen werden
- Nebenkosten als Mietpreistreiber verhindern. Einführung eines Sozialtarifs für einkommensschwache Privathaushalte und als Sofortmaßnahme für diesen Personenkreis einen Heizkostenzuschuss zum Ausgleich der stark gestiegenen Energiepreise. Diese Forderungen haben auch heute noch ihre Berechtigung.

Asylbewerber

Weiterer Wohnraum wird für die Anschlussunterbringung der Asylbewerber benötigt werden. Wir begrüßen und befürworten die Zurverfügungstellung des ev. Pfarrhauses in der Oberen Grabenstraße als Anlaufstelle und Treffpunkt für die ehrenamtlichen Helfer der Asylbewerber.

Neuere soziale Einrichtungen

2012 wurden die beiden Einrichtungen Generationenbrücke und Familienzentrum gegründet. Die Generationenbrücke bietet selbstlose Hilfe für Menschen jeden Alters an. Egal ob Senior oder junge Familie. Das Familienzentrum hat viele Angebote für Familien aus Walldorf in den Bereichen Beratung, Begegnung und Bildung. Beide

soziale Einrichtungen haben sich in kürzester Zeit bewährt und verdienen weitere Förderung.

Vereine

Die monetäre Unterstützung der Vereine durch die Stadt ist in den Vereinsförderungsrichtlinien großzügig geregelt. Auch die Bereitstellung von Räumlichkeiten (Sporthallen, Räume für Chor und Konzertproben, aber auch für Spielabende und Besprechungen) ist vorbildlich. Im sportlichen Bereich stößt die Kapazität leider schon wieder an ihre Grenzen. Im organisatorischen Bereich sowie in Fragen der Rechtssicherheit sehen wir jedoch noch viel Unterstützungspotenzial. Vereine mit entsprechenden Dachorganisationen haben hier meist weniger Bedarf. Bei den Sportvereinen kommt der Sportbund hinzu, der sie in den zuvor genannten Punkten kompetent unterstützt. Kleinere Vereine, für deren Belange es keine Dachorganisation bzw. keine mit dem Sportbund vergleichbare Vereinigung gibt, können die notwendige Unterstützung meist nur kostenpflichtig erhalten. Hier sollte die Stadt eine Einrichtung schaffen, in der die Vereine vorstellig werden können und fachkundigen Rat erhalten - ehrenamtliche Unterstützung.

Ehrenamt

Die Stadtgesellschaft lebt von und für die Menschen in der Stadt. Das Ehrenamt ist eine tragende Säule dieser Stadt, ohne den Einsatz der Bürger in deren Freizeit würde vieles nicht funktionieren. Stellvertretend sind das die Trainer unserer Jugendsportmannschaften, die Kassenwarte unserer Vereine, die Kameraden in den Feuerwehrrabteilungen, die Aktiven in der Tafel, die zunehmende Anzahl der Helfer in den Flüchtlingsunterkünften. Das Engagement im Sozialen und Gesellschaftspolitischen dürfen wir nicht vergessen. Natürlich ist das weniger gesellig, weniger farbenfroh und nicht immer die pure Lebensfreude. Die Konfrontation mit der Not der Menschen ist nicht jedermanns Sache. Mit der Integration der Flüchtlinge können wir eine bemerkenswerte soziale Bewegung in Gang setzen, daran sollten wir alle, gemeinsam, arbeiten. Ein solches Engagement brauchen wir verstärkt. Vor allem sollten wir diesen selbstlosen Einsatz für sozial benachteiligte Bürger, für Bürger mit geistiger und körperlicher Behinderung oder für die Begleitung sterbender Menschen stärker in unsere Ehrenamtskultur einbeziehen.

Demokratie

Und noch über ein weiteres Ehrenamt könnte mehr gesprochen werden. Denn es ist ein unverzichtbares Element der demokratischen Teilhabe und der politischen Einflussnahme der Bürger. Es ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung: Kein Landtag, kein Bundestag in einer fernen Hauptstadt, sondern die Bürger kümmern sich selbst um ihre städtischen Belange. Das setzt aber voraus, dass es Bürger gibt, die in ihrer Freizeit Woche für Woche das harte Brot der Kommunalpolitik kauen.

Nicht das Engagement in einem zeitlich überschaubaren Projekt, sondern die permanente Auseinandersetzung mit allerlei verschiedenen Politikbereichen. Gespräche, Diskussionen mit Betroffenen führen, Ansprechpartner der Bürger sein, die Verwaltung kontrollieren, das Hoheitsrecht über die städtischen Finanzen wahrnehmen, bestimmendes Organ der städtischen Politik sein, das ständige Ringen um Mehrheitsfähige Beschlüsse und Veränderungen, demokratisch legitimiert, Repräsentant der Bürgerschaft in ihrem politischen Querschnitt. Kurz um: Der Gemeinderat ist, auch wenn laut der Gemeindeordnung nicht so benannt, doch in Wirklichkeit das Stadtparlament.

Als Grüne sind wir überzeugt: Nur eine Stadt mit selbstbewussten und kritischen Stadträten kann eine zukunftsfähige Stadt mit selbstbewussten Bürgern sein. Dieses Ehrenamt in gesunder Balance mit Beruf und Familie zu halten fordert einiges ab. Doch leider existieren für viele Walldorfer der Gemeinderat und die lokalen Themen kaum.

Wir schlagen dem Amt für Öffentlichkeitsarbeit vor, den Gemeinderat mehr in die Außendarstellung aufzunehmen. Mehr Bilder vom Gemeinderat, weniger von der Bürgermeisterin.

Wir schlagen weiter vor, im zu renovierenden Ratssaal die technischen Möglichkeiten zu schaffen, die Ratssitzungen ab 2016 live im Internet zu übertragen. Einige Kommunen im Land praktizieren das schon und haben gute Erfahrungen damit gemacht.

Wir legen viel Wert auf mehr Bürgerbeteiligungen in der Kommunalpolitik. Wir unterstützen die von der Landesregierung nun verbesserte außerparlamentarische Einflussnahme der Menschen auf kommunaler Ebene. Wir fordern die Verwaltung immer wieder auf, unsere Bürger mehr einzubinden und legen Wert darauf, in Verhandlungen zwischen der Verwaltung und Interessensgruppen frühzeitig einbezogen zu werden.

Zum Klimaschutz und zum Energiebereich

Hier gab es in Walldorf den ersten Klimabericht 1985, auf Antrag der CDU, aber das war`s dann schon für lange Zeit, weder von der Verwaltung noch von der CDU sind dann in Folge des Berichts weitergehende Maßnahmen ergriffen worden. Fast alle Förderungen, die den Klimaschutz in Walldorf betreffen, wurden von unserer Fraktion initiiert. Hierzu zählen die Förderung von Photovoltaikanlagen, von thermischen Solaranlagen, von Hocheffizienzpumpen, von Pedelecs und auch die Förderung von Passivhäusern.

Mit Hilfe dieser Maßnahmen wurden im Lauf der Jahre viele hundert Tonnen Treibhausgase eingespart.

Passivhausbauweise

Eine tragende Säule unseres CO₂-Minderungsprogramms ist das Passivhaus-Förderprogramm. Zur allgemeinen Erläuterung: Passivhäuser sind so konzipiert, dass sie einen sehr geringen Heizwärmeenergiebedarf haben, nämlich höchstens 150 Liter Heizöl pro 100 m² Wohnfläche.

Ungefähr 100 Passivhäuser wurden bisher in Walldorf gefördert. Das bedeutet eine ähnlich hohe CO₂-Einsparung, wie die unserer großen Freilandphotovoltaikanlage an der Autobahn.

Nur am Rande, der Antrag die Freilandphotovoltaikanlage zu installieren, wurde übrigens auch von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in dem Jahre 2006 gestellt.

Aber wir machen uns keine Illusionen: Nichts kommt von ungefähr.

Erreicht wurde die hohe Zahl von Wohngebäuden, die im Passivhausstandard errichtet wurden nur dadurch, dass im Baugebiet Walldorf Süd, Bauabschnitt 1, die Veräußerung stadteigener Grundstücke nur mit der Auflage geschah, dort nur den Bau von Häusern zuzulassen, die dem Passivhausstandard entsprechen.

Wir vernehmen nur positive Rückmeldungen von den Bewohnern solcher Passivhäuser. Walldorfer Handwerker und Architekten haben sich auf diese neuen Herausforderungen eingestellt, können damit umgehen und verdienen Geld damit.

Weil unser Motto ist: „Wer aufhört besser werden zu wollen, hört auf gut zu sein.“, fordern wir das bisherige Klimaschutz- und Energiekonzept im Baugebiet Süd, Abschnitt 2, fortzuschreiben: Das bedeutet, dass Heizenergie und Energie für den Haushaltsstrom durch regenerative Energien in hohem Maße auf dem Grundstück selbst produziert werden.

Um die anfallenden Mehrkosten einer solchen Bauweise zu kompensieren hat die Bundesregierung das Programm „Energieeffizient bauen“ gestartet.

Erfüllt man die Förderkriterien, so kann der/die Bauherr/in mit einem Kredit von 100.000 € zu 0,75% Zins und einem Tilgungszuschuss von 10.000 € pro Wohnung kalkulieren. Diese Bezuschussungsrichtlinie gilt im Übrigen nicht nur für Private. Auch oder gerade Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften kommen in den Genuss der Förderung und können damit gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie schaffen, andere Fördermöglichkeiten mit eingeschlossen, preiswerten Wohnraum, der auch noch das Klimaschutz-Siegel trägt.

Was veranlasst die Bundesregierung zu solchen Fördermaßnahmen?

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet bis zum Jahre 2050 den Treibhausausstoß um 90 % zu senken. Ebenso hat sich die Bundesregierung verpflichtet die Europäische

Gebäuderichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Diese Gebäuderichtlinie sieht vor, dass nach dem 31.12.2018, z. B. Kommunale Gebäude in „Nahezu Nullenergie-Standard“ errichtet werden müssen.

Die gültige Energieeinsparverordnung (kurz ENEC) der Bundesregierung trägt dieser Zielsetzung Rechnung.

Wir erwarten und beantragen, dass die Stadt Walldorf den Vorgaben der Bundesregierung, die allein dem Klimaschutzgedanken geschuldet sind, schon vor deren Inkrafttreten 2018 entspricht und würden schon 2016/2017 diese Grundsätze erfüllen wollen.

Die energietechnische und damit klimadienliche Weiterentwicklung des Baugebiets Süd, Abschnitt 2, würde nur Gewinner kennen:

1. Die zukünftigen Bewohner profitieren durch geringste Strom- und Heizkosten.
2. Elektromobilität wird begünstigt.
3. Das Klima profitiert.

Wollen wir an dem Wettbewerb „European Energy Award“ erfolgreich teilnehmen und soll der von der Verwaltung favorisierte Slogan von der „2000 Watt-Gesellschaft“ keine Worthülse sein, dann können wir auf entsprechende Baugebote bei der Vergabe von städtischen Grundstücken nicht verzichten, wir müssen Baugebote beschließen.

Bauen und Wohnen

Diesen Bereich möchten wir noch einmal ganz besonders hervorheben. In Walldorf werden demnächst in der Bgm.-Willinger Straße 26 Wohnungen für den Sozialen Wohnungsbau errichtet. Weiter ist der Neubau von Sozialwohnungen an der Ecke Stresemannstr./Ebertstr. sowie die Vorbereitung einer Mehrfachbeauftragung zur Planung von Sozialwohnungen im Bereich Heidelberger Str. /Hebelstr. beschlossen. Nach einem Wettbewerb haben die Planungen für den Neubau einer Mensa, einer Sporthalle und Funktionsräume für den Ganztagesbetrieb begonnen. Festhalten möchten wir, dass der Vorschlag für den Neubau der Sozialwohnungen in der Bgm.-Willinger Straße nicht von der Verwaltung sondern aus dem GR kam. Einer Anregung unserer Fraktion, vor der Mehrfachbeauftragung Planer der FAAG Frankfurt, einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die Sozialwohnungen nur noch in Passivhausbauweise errichtet, mit ihren Erfahrungen im kostengünstigen Bauen mit einzu beziehen, ist der Gemeinderat gefolgt. In einer eindrucksvollen Präsentation wurden dem Gemeinderat durch den Geschäftsführer der FAAG Projekte im sozialen Wohnungsbau im Passivhausstandard vorgeführt. Als Konsequenz folgte daraus der

Beschluss, die Sozialwohnungen im Passivhausstandard zu errichten. Die FAAG wurde auch mit der formalen und inhaltlichen Prüfung der 6 teilnehmenden Planungsbüros beauftragt.

Unter dem für die Planung federführenden Ingenieur- und Architekturbüro Herrmann aus Walldorf wurden für das Bauvorhaben in der Bgm.-Willinger Straße für die Kostengruppen 300 und 400 pro m² Wohnfläche ein Preis von 1834 € ermittelt. Dieser Quadratmeterpreis liegt über den aus Frankfurt gezeigten Beispielen, was aber auch daran liegt, dass der GR bewusst auf ein mögliches weiteres Geschoss verzichtet hat und das schmale Grundstück günstigere Grundrisslösungen nicht zugelassen hat.

In der Vorlage v. 13.10.2015 hat Stadtbaumeister Tisch folgendes dazu ausgeführt: "Die Baukosten liegen dennoch deutlich unter den Baukosten im Eigentumswohnungsbau im Passivhausstandard".

Städtische Bauvorhaben

Nicht nachvollziehbar ist es deshalb für uns, dass bei den zu planenden Sozialwohnungen in der Stresemann- und Heidelberger Straße nur die Anforderungen der EnergieEinsparverordnung (Enev) 2014 und die aktualisierten Anforderungen für 2016 angewendet werden sollen.

Noch in der Vorlage (13.05.2014) für den Bau der Sozialwohnungen in der BGM-Willinger-Str. war zu lesen, Zitat:

"Anforderungen an die Planung: Energetischer Standard:

Auf städtischen Grundstücken wird von den Käufern Passivhausbauweise gefordert. Daher ist die Stadt Walldorf natürlich in der Pflicht, auch selbst bei der Realisierung von Wohngebäuden, diese entsprechend in Passivhausbauweise zu errichten. Dies ist natürlich auch hinsichtlich der Nebenkosten für die Mieter sinnvoll."

Warum soll nun bei den jetzigen Planungsvorhaben davon abgewichen werden? Zumal nach wie vor ein Beschluss des Gemeinderats besteht, alle städtischen Gebäude in Passivhausstandard zu errichten.

Wir werden beim Neubau von Sozialwohnungen weiter den Passivhausstandard fordern, denn wir wollen nicht, dass Personen mit Wohnberechtigungsschein, große Teile ihres Einkommens „verheizen“.

Planüberlegung ist auch, diese Wohnungen ohne Balkon zu errichten um Kosten einzusparen. Warum man Personen, die auf bezahlbaren Wohnraum also auf Sozialwohnungen angewiesen sind, dies vorenthalten möchte oder diese möglicherweise erst später realisiert werden soll, ist für uns gleichfalls nicht nachvollziehbar und wir werden das nicht mittragen. Billigarchitektur gibt es mit uns nicht - Nachhaltigkeit ist das Gebot unserer Zeit. Auch und gerade deshalb ist unsere Haushaltsbewirtschaftung von der kameralen auf ein doppisches System umgestellt worden, um nachhaltig und nicht auf Kosten folgender Generationen zu wirtschaften.

Wir Grüne wollen eine Planungskultur, die auf die Umgebung eingeht, die nachhaltig und qualitativ hochwertig ist. Eine Planung, die mit reduzierten Standards arbeitet

weil es sich derzeit vorrangig um eine unangenehme Aufgabe, die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber handelt, ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen für alle, die durch einen Wohnberechtigungsschein Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, bedarfsgerechten, angemessenen Wohnraum zur Verfügung stellen und nicht nur eine vorübergehende „Bleibe“.

Auch beim Siegerentwurf des Wettbewerbs für den Neubau einer Mensa, einer Sporthalle und der Funktionsräume für den Ganztagesbetrieb im Schulzentrum gehen wir davon aus, dass die Sporthalle und das Mensagebäude in Passivhausbauweise errichtet werden.

Wenn man den Energieverbrauch der noch bestehenden Sporthalle im Schulzentrum mit der im Passivhausstandard errichteten Sporthalle in der "Sozialen Mitte" vergleicht, stellt man fest, dass dieser nur noch etwa 1/5 beträgt. Der Musik-Pavillon im Schulzentrum wurde bereits 2005 auf unsere Initiative hin als 1. kommunales Passivhausgebäude beschlossen und gebaut. Welche Ersparnis bei den Energiekosten mit der Passivhausbauweise auf die Lebensdauer solcher Gebäude bezogen möglich ist, braucht nicht weiter erläutert zu werden.

Wir wollen aber auch auf die durch den Klimawandel immer häufigeren Hitzetage aufmerksam machen.

Durch die große Anzahl von Personen und damit hohe innere Wärmequellen, sowie den gleichzeitig großen Frischluftbedarf, durch den im Sommer ohne Kühlung ein zusätzlicher Wärmeeintrag erfolgt, sind die sommerlichen Temperaturverhältnisse in Klassenräumen, in der Sporthalle und vor allem auch in einer Mensa in der Regel unbefriedigend. Durch die langen Sommerferien ist dieses Problem temporär reduziert, doch in den üblicherweise warmen Monaten Juni und Juli werden immer wieder hohe Temperaturen erreicht. Der Deutsche Wetterdienst geht davon aus, dass die Hitzetage, also Tage mit Temperaturen von 30 C oder mehr in der Rhein-ebene deutlich zunehmen werden. Bei der Planung ist es uns ein ganz wichtiges Anliegen, die Raumtemperatur auch an heißen Tagen im Rahmen der Empfehlungen von Arbeitsmedizinern und der Arbeitsstättenverordnung zu halten - also bei 26 Grad und diese auch für Schulgebäude nicht zu überschreiten.

Der Walldorfer Haushalt 2016 konkreter und Zahlen daraus

Die Aufnahme von Krediten ist auch für das Jahr 2016 nicht vorgesehen, ich denke, das wundert in Walldorf niemanden.

Für unseren doppischen Haushalt brauchen wir noch Leitbilder. Diese müssen vom Gemeinderat noch festgelegt und verabschiedet werden. Das Leitbild einer Organisation formuliert kurz und prägnant den Auftrag (= die Mission), die strategischen Ziele (= die Vision) und die wesentlichen Orientierungen für Art und Weise ihrer Umsetzung (= die Werte). Es soll damit allen Organisationsmitgliedern eine

einheitliche Orientierung geben und die Identifikation mit der Organisation unterstützen. Es gehört zum normativen Management und ist wesentliches Element einer Corporate Identity. Ich erwähne dies auch in dem Wissen, dass die Definitionen von Leitbildern zwar heiß umkämpft sind, aber danach auch schnell wieder vergessen werden.

Große Investitionsmaßnahmen in 2016 sind der schon erwähnte

Neubau in der Bgm.-Willinger-Straße mit 2,4 Mio. Euro,
die Erneuerung des Ratssaales mit 1,2 Mio. Euro,
Kapitalzuführung an die Stadtwerke mit 1,07 Mio. Euro,
der Erwerb von Grundstücken mit 3,0 Mio Euro,
insgesamt fast 19 Mio Euro.

Investiert werden also im Jahr 2016 ca. 19 Millionen Euro. Die Investitionen im Jahr 2016 sind niedriger wie in den vergangenen Jahren, was auch ein Zeichen ist, das man sich an das Machbare hält und das im Wesentlichen ein guter Versorgungsgrad in allen Bereichen in Walldorf erreicht ist. Da uns auch nur begrenzt Fläche zur Verfügung steht, sollte man sich in Zukunft darauf beschränken, Die Dinge, die wir im Bestand haben, zu verbessern und zu konsolidieren.

Lassen Sie mich meine Haushaltsrede beenden mit einer kurzen Abstraktion beenden. Damit bezeichnet man den induktiven Denkprozess des Weglassens von Einzelheiten und des Überführens auf etwas Allgemeineres oder Einfacheres.

Macht, Genuss, Kindergarten!

Genau diese Schlagworte waren es, mit denen wir Grüne in Walldorf mal eine Diskussionsveranstaltung geplant hatten, noch zu Zeiten der rot-grünen Koalition in Berlin. Denn darum ging und geht es doch in der Politik! Es geht darum, auch und gerade in Demokratien, die vom Wähler übertragene Macht auszuspielen, zu benutzen und die eigene Moralvorstellung anderen aufzuladen. Für den Bereich der Macht hatten wir Joschka Fischer eingeladen, der dies in seiner Amtszeit gelebt hat, wie keinen anderer Grüner zuvor. Für den Bereich Genuss war uns der grün-affine Vincent Klink, der Fernsehkoch, Autor und Musiker aus Stuttgart gerade gut genug und für den Bereich Kindergarten hatten wir viele Beispiele aus dem Walldorfer Gemeinderat zusammengestellt, die manche Entscheidungen nicht ernsthaft erscheinen lassen, sondern ein wenig als Theater. Und Kindergarten oder naives Verhalten, war und ist in Walldorf in letzter Zeit häufig feststellbar. Die Promis haben damals leider abgesagt, gleichwertiger Ersatz auch nicht zu bekommen und deshalb ist eine solche Veranstaltung leider nicht zustande gekommen.

Wir denken wieder dran, weil wie Frau Staab auf den Hinweis reagiert hat, dass Werbung für eine Partei nicht erlaubt ist - den Besuch der CDU Vorsitzenden Frau Merkel, diese kam nicht in ihrer Funktion als Kanzlerin und was dann in Folge geschah, das war für uns Kindergarten! Gleich mehrfach wurde dem Landtagsabgeordneten Schmidt-Eisenlohr von den Grünen dann mitgeteilt, dass er dies nicht bekommt und das nicht darf, weil Stadtrat Weisbrod mit Dienstaufsichtsbeschwerde gedroht hat. Immerhin durfte ein amtierender Minister, Umweltminister Untersteller, danach nicht mehr ins Gebäude der SWW, ein Minister, dessen Ministerium uns für ein Projekt eine Förderung von einer Million Euro bewilligt hat und dass er sich persönlich ansehen wollte. Frau Merkel hat außer einem freundlichen Lachen und einem Händedruck für die Stadt nichts dabei gehabt.

Vielleicht sind die Zeiten vor Wahlen auch nicht die geeignetsten, um das zu erreichen, was man als Partei gerne hätte, nämlich, dass die eigenen Vorstellungen verstanden, akzeptiert und gutgeheißen werden.

Eigentlich hat man das subjektive Gefühl, dass nach jahrzehntelanger Auseinandersetzung in der Politik, einen nix aus der Fassung bringen kann - aber das stimmt nicht! Es gibt immer wieder Dinge, die nicht nachzuvollziehen sind. Ich glaube und habe es schon oft selbst erlebt, es gibt keine schlimmeren Auseinandersetzungen wie in der Politik, deshalb enden diese auch oft in Krieg!

Danke

Wir schließen uns zum Schluss den Dankesworten der Vorredner an. Danken wollen wir ganz ausdrücklich den vielen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde für die geleistete Arbeit, die zwar unbezahlt, aber unbezahlbar ist! Danken möchten wir den Steuer- und Gebührenzählern, die uns die politische Arbeit in der beschriebenen Form und mit den erwähnten Finanzmitteln erst ermöglichen.

Bündnis 90 / Die Grünen stimmen den Beschlussvorschlägen der Tagdesordnung und somit dem HH-Entwurf für 2016 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Wilfried Weisbrod